Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,250.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 6. Sonntag den 6. Januar 1878. 72. Jahrgang.

Im Monat December 1877 erhielten das hiesige Bürgerrecht:

Herr Ludwig-Wolf, Leo Friedrich, Stadtrath.
" Ackermann, Ernst Reinhold, Weinhändler.
" Hüttner, Friedrich Wilhelm, Kaufmann.
" Kürsten, Friedrich Andreas Samuel, Tischler.
" Großmann, Friedrich August, Hausbesitzer und Productenhändler.
" George, Theodor Heinrich Hermann, Kaufmann.
" Riedel, Johann Ehregott, Schneider.
Herr Taubert, Hermann Wilhem, Bureau-Vorsteher.
" Hammiag, Wilhelm Hermann, Instrumentenmacher.
" Zipfel, Christian Heinrich, Packmeister.
" Schäffer, Ludwig Adolf, Kaufmann.
" Georgi, Heinrich Hermann, Schutzmann.
" Bock, Reinhold Otto, Lehrer.
" Werner, Anton, Schuhmacher.

Im Monat December ist vom Stadtrath angestellt worden:

Als Expedient bei der Stadtwasserkunst: Friedrich Adolph Richard Gräß.

Nutzholz-Auction.

Montag, den **7. Januar 1878** sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 6a, 12e, d, f

ca. 49 eichene, 69 buchene, 4 aborne, 45 rüsterne, 48 erlene und 1 apfelbaumner **Nutzklötze**, sowie 8 eschene, 7 rüsterne, 1 eichenes und 3 erlene **Schirrhölzer**, ferner 400 **Hebebäume** und 1 eichener **Fleisch-** oder **Ambosstock**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage im sogen. Apitzsch in der Nähe der hohen Brücke an der Connewitzer Chaussée.

Leipzig, am 19. December 1877.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

Aus den Zinsen des uns im vorigen Jahre von einem Bürger unserer Stadt schenkungsweise zur Begründung einer **Stiftung für Seminaristen-Stipendien** übergebenen Capitals sollen zu Ostern dieses Jahres drei solche Stipendien, eins zu 300, eins zu 200 und eins zu 100 ℳ jährlich, an befähigte, fleißige und ihrem Gesammtverhalten nach würdige Schüler von öffentlichen Volksschullehrer-Seminarien vergeben und dabei Söhne unbemittelter **hiesiger** Einwohner vorzugsweise berücksichtigt werden.

Jedes dieser Stipendien wird auf zwei Jahre, jedoch auch innerhalb dieser zwei Jahre für den Fall, daß sich das Verhalten des Empfängers oder die Verhältnisse der Eltern ändern sollten, auf Widerruf verliehen. Das Stipendium von 300 ℳ kann nur in den zwei ersten Jahren des Seminaraufenthalts bezogen und keinem Bewerber von Neuem verliehen werden, es kann aber Derjenige, der das Stipendium von 300 ℳ zwei Jahre bezogen hat, das Stipendium von 200 ℳ oder das von 100 ℳ erhalten. Jeder Stipendiat hat alljährlich zu Ostern eine beglaubigte Abschrift seiner Schulzeugnisse uns vorzulegen.

Bewerbungen sind unter Beifügung der Schul- und Bedürftigkeitszeugnisse **bis zum 20. Januar** bei uns einzureichen.

Leipzig, den 3. Januar 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Nesserschmidt.

Bekanntmachung.

Die Expeditionszeit bei der **Städtischen Sparcasse** ist für den Monat **Januar 1878** auf die **Tageszeit von 8 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags** beschränkt.

Leipzig, den 20. December 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Leipzig, 5. Januar.

Während die schwarzen Kaffern als unfreiwillige Bundesgenossen Rußlands auftauchen und sich demnach an die orientalische Actionspolitik des Lord Beaconsfield hängen, naht diesem von anderer Seite her ein überraschender Entsatz: unsere Rothen sind es, die unter der Führung ihres Generaltambours Liebknecht herbeieilen sollen, um dem noch immer schwankenden Disraeli Muth zuzusprechen. Wie wir bereits vor einigen Tagen mittheilten, geht man in den socialistischen Kreisen Deutschlands mit dem genialen Gedanken um, durch Volksversammlungen und später durch Reichstagsdebatten einen Druck auf die Orient-Politik des Fürsten Bismarck auszuüben und hierbei natürlich auf eine Frontwendung Deutschlands gegen Rußland zu dringen. Nun, dem englischen Lord und Tryfführer, dessen Interventionsgelüste in den verständigen Arbeiterkreisen seines eigenen Landes keinen Anklang finden wollen, konnten wohl kaum unbequemere Bundesbrüder kommen, und sicher wird er sich beim Lesen des Liebknecht'schen Liebesbriefchens an das Wort von den „Freunden" erinnert haben, „vor denen uns Gott behüten möge". Aber auch sich selbst werden die zudringlichen Freunde des Lord Beaconsfield, wenn sie wirklich ihren Plan ausführen sollten, schwerlich einen Gefallen thun. Im Reichstage ist ihnen ein gründliches Fiasco sicher; denn die Orientpolitik ist gerade derjenige Punct, in welchem alle Parteien des Parlaments — von der äußersten Rechten durch das Centrum hindurch bis zur äußersten Linken — einmüthig und vertrauensvoll zum deutschen Reichskanzler stehen, wie dies die vorige Reichstagssession dargethan. Welchen Werth, welche praktische Wirkung unter diesen Umständen die Orientmeetings der Herren Socialisten haben sollen, ist nicht ersichtlich; ja es ist wahrscheinlich, daß sich in diesen Versammlungen selbst lebhafter Widerspruch gegen die Zumuthung regen wird, Deutschland in einen Krieg zu Gunsten Englands und der Türkei hineinzuzerren. Denn darauf würde der ganze Volksversammlungsschwindel ja doch hinauslaufen, wie deutlich aus folgendem Artikel der socialistischen „Berliner Freien Presse" erhellt:

Immer bedrohlicher gestaltet sich die Weltlage — immer brennender wird die Gefahr, daß aus dem russisch-türkischen Krieg ein europäischer Krieg hervorgehen werde. Die englische Regierung hat sich endlich zur Action aufgerafft, und — unzweifelhaft im Einverständniß und nach Verabredung mit der Pforte — die Rolle des Friedensvermittlers übernommen. Da nun Rußland erobern will und England entschlossen ist, keine russischen Eroberungen, welche die Existenz der Türkei und die Interessen Englands gefährden, zu dulden, so läßt sich schwer absehen, wie ein Conflict zwischen beiden Mächten vermieden werden kann. Rußland müßte denn noch in letzter Stunde aus der Noth eine Tugend machen und sich mit den „moralischen Eroberungen" seiner Humanitäts- und Civilisationscampagne begnügen — was kaum zu erwarten ist. An ein Zurückweichen Englands, das erst nach langem Zaudern in die Action eintrat und sich im Besitz der den Erfolg verbürgenden Machtmittel weiß, läßt sich einfach nicht denken. Daß aber, wenn einmal der Zauber gebrochen und von irgend einer Seite die Initiative gegen Rußland ergriffen ist, Oesterreich und Frankreich auf die Dauer nicht neutral bleiben können, und daß dann die eigenthümliche Neutralitätspolitik des Fürsten Bismarck unhaltbar, und vor die Alternative des Bruchs (wenn auch nicht des Kriegs) mit Rußland oder eines offenen Schutz- und Trutzbündnisses mit Rußland gestellt wird, das haben wir in früheren Artikeln des Näheren ausgeführt. Es fragt sich nun, soll das deutsche Volk ruhig die Hände in den Schooß legen und, vertrauend auf die staatsmännische Weisheit und „bewährte Friedensliebe des Fürsten Bismarck" (Bennigsen'sche Kraftphrase), mit untertürkischem Fatalismus die Entscheidung von Oben erwarten? Oder soll es sich aufraffen und, so weit es in seiner Macht steht, das Selbstbestimmungsrecht ausüben, seines Schicksals Schmied werden? — — Es gilt, vor Zusammentritt des Reichstages, überall, wo es irgend angeht, Volksversammlungen zu veranstalten und Massenproteste gegen die bisherige Orientpolitik der deutschen Reichsregierung und gegen die, von gewisser Seite beabsichtigte militairische Parteinahme des deutschen Reiches für Rußland (??) hervorzurufen. Geschieht dies, so läßt sich vielleicht eine Bewegung organisiren, mächtig genug, den Frieden, dessen wir so dringend bedürfen, zum Mindesten die ehrliche Neutralität Deutschlands zu erzwingen.

Das also ist das Programm für die einzuleitende Agitation. Die Herren möchten gar zu gern den Weltbrand entfesseln, an dessen Verhütung die deutsche Politik seit Jahren unausgesetzt arbeitet. Durch ihre lärmenden Proteste möchten sie den Schein erwecken, als ob man in Deutschland ein Eingreifen Englands in den Krieg, eine Erweiterung desselben freudig begrüßen würde. Die jetzige Neutralität Deutschlands, die zugleich alle anderen Mächte in Schach hält und den europäischen Frieden sichert, ist ihnen ein Greuel; erst wenn wir uns auf die Seite der Türken schlagen oder auf die der Russen gedrängt würden, wenn Alles drüber und drunter ginge, Alles ins Wanken und Schwanken käme, das Feuer ein allgemeines würde, erst dann würden sie sich wohl fühlen. Und diese Leute nennen sich Apostel des Friedens und der Freiheit! Zum Glück ist dafür gesorgt, daß ihre Giftbäumchen nicht in den Himmel wachsen!

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 5. Januar.

Die kurzen Friedensworte, welche der Kaiser beim Neujahrsempfange gesprochen, werden jetzt auch von der „Prov.-Corr." bestätigt. Bei dem Gewichte, welches den Aeußerungen dieses Blattes beizulegen ist, geben wir dieselben nachträglich wörtlich wieder: „Der Kaiser gab am Neujahrstage, nachdem er die Minister in gewohnter Huld begrüßt hatte, der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß das neue Jahr eine friedliche Entwickelung nach Außen wie im Innern bringen werde."

Fürst Bismarck, welcher die letzten Wochen über verhältnißmäßig wohl war, leidet augenblicklich, wie die „Post" hört, an einer heftigen Erkältung, welche er sich in Folge der schroffen Temperaturwechsel der letzten Tage zuzog.

Dem Bundesrathe wird, wie die „Magdeb. Ztg." meldet, eine Vorlage zugehen, welche für eine neue Reichsbehörde, das „Centralbureau des Reichskanzlers", rund 50,000 ℳ fordert. Diese Behörde würde aus einem vortragenden Rath, zwei Subalternen und dem nothwendigen Kanzleidienstpersonal bestehen. Dieselbe würde nicht im Reichskanzleramtspalais, sondern in dem neu zur Wohnung des Kanzlers eingerichteten Hotel Radziwill untergebracht werden. Auf dieser neuen Specialität soll, wie man hört, auch der Gehaltsposten des Reichskanzlers figuriren, welcher demnach zum ersten Male aus dem Etat des deutschen auswärtigen Amtes ausgeschieden würde. Dieses Centralbureau dürfte den Zweck haben, dem Reichskanzler als selbstständig für ihn allein eingerichtete Behörde zu dienen und ihm somit den Verkehr mit den übrigen Reichsbehörden zu erleichtern. Bisher war der Reichskanzler auf die Hülfe von Beamten des preußischen Staatsministeriums und des auswärtigen Amtes angewiesen, die er „leihweise" entnahm. Es hat dies wohl zu Unzuträglichkeiten geführt, denen mit der besprochenen Vorlage abgeholfen werden soll. Es bleibt fraglich, in wie weit dies neue „Centralbureau" in Verbindung zu bringen ist mit den allgemeinen Veränderungen in den obersten Reichsbehörden, welche augenblicklich mehr oder weniger feste Formen anzunehmen im Begriff stehen. Augenscheinlich werden sich an diese Specialität des Centralbureau weitere Debatten über die Ausgestaltung der Reichsorganisation knüpfen, falls nicht schon vorher ausführlichere Mittheilungen über die neuesten Pläne zur Neuorganisation der Reichsbehörden resp. Vorlagen über dieses Thema an den Reichstag ergehen.

Im nächsten Reichsetat soll das Auswärtige Amt für den Botschafter in London abermals eine Gehaltserhöhung von 30,000 ℳ beantragen, die der Reichstag in der letzten Session ablehnte. In Rede stand damals gleichzeitig die Gehaltsaufbesserung des Botschafters in Petersburg, die dem Auswärtigen Amt zugestanden wurde, und es macht den Eindruck, als wäre Graf Münster mehr durch Zufall der Zulage entgangen, durch denselben Zufall, der dem Botschafter des deutschen Reichs am Petersburger Hofe die Gehaltsaufbesserung zusprach. Wenn Graf Münster sein Gehalt um 30,000 ℳ erhöht sieht, so steht er materiell den Botschaftern anderer Staaten immer noch nach, denn Rußland, Frankreich und Oesterreich werfen für ihre ersten Vertreter im Auslande grundsätzlich sehr hohe Summen aus. Im Ganzen unterscheidet sich wohl der nächste Etat des Auswärtigen Amts wenig von dem des laufenden Etatsjahres, denn ganz geringe Mehrforderungen für einige Generalconsuln und für mehrere Unterbeamte der Wiener Botschaft fallen nicht ins Gewicht. Der Dienst für das Auswärtige Amt hat für beinahe sämmtliche Träger desselben ein nicht unerhebliches Privatvermögen zur natürlichen Voraussetzung; deshalb ist der Kreis der Candidaten für alle Stellen im Auslande ein engbegrenzter.

Die Ausschüsse des Bundesraths haben den Marine-Etat, vorbehaltlich der Beschlußfassung über die Deckung der außerordentlichen Ausgaben, festgestellt. Das Deficit des Etats für 1878—79 wird auf 30 bis 35 Millionen Mark berechnet.

Der Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens zwischen Staat und Kirche, welcher in den letzten Monaten wiederholt laut geworden, hat sich natürlich an der Jahreswende besonders lebhaft fühlbar gemacht. Ueber dieses Thema stellt die „Nationall. Corr." folgende Betrachtungen an: Mit wirklicher Freude führt wohl keine Partei den Kampf weiter. Man klagt über die „Culturkämpfer von Profession", welche die Versöhnung zu hintertreiben suchten. Unseres Erachtens mit Unrecht. Der wahre Culturkampf, der Kampf der Geister über die höchsten Probleme der menschlichen Civilisation, hat unmittelbar Nichts zu schaffen mit einem Conflicte über die Grenzlinie zwischen den staatlichen und kirchlichen Rechten; nur mittelbar ist er dabei betheiligt, insofern durch eine richtige Abgrenzung der Rechte der Kirche thatsächlich die freie Bewegung der Geister ermöglicht und gewährleistet wird. Jener Culturkampf wird fortdauern, solange das Menschengeschlecht besteht; diese Rechtsabgrenzung aber braucht nur durch die Gesetzgebung vollzogen und kraftvoll aufrecht erhalten zu werden — alsdann hat auch der „Culturkämpfer von Profession", wenn man darunter nicht geradezu herostratische Naturen verstanden wissen will, an der Fortdauer des Streites zwischen Staat und Kirche kein Interesse mehr. Nun, jene Grenzlinie ist in der sogen. Maigesetzgebung gezogen, und es wird ihr von den Organen des Staates mit entsprechender Energie Achtung verschafft. Da ist es naturgemäß, daß von den Anhängern des staatlichen Standpuncts immer lebhafter der Wunsch geäußert wird, es möchte die Kirche ihren Widerstand gegen diese Gesetzgebung endlich aufgeben. Der Thatsache, daß der Staat nur nothgedrungen den von der römischen Hierarchie heraufbeschworenen Kampf aufgenommen hat, entspricht es auch, wenn seine Vertheidiger bereit sind, der Kirche in Nebendingen alle diejenigen Zugeständnisse zu machen, welche ohne wesentliche Beeinträchtigung jener Grenzlinie gemacht werden können. Ob es im gegenwärtigen Stadium zweckmäßig ist, diese Bereitwilligkeit bei jeder Gelegenheit zur Schau zu tragen, ist freilich eine andere Frage. Geradezu bedenklich erscheinen uns aber die Bemerkungen, mit welchen die „Provinzialcorrespondenz" in ihrem Jahresrückblicke den gegenwärtigen Stand des Kampfes kennzeichnet. Es sollen in letzter Zeit die „ersten Anzeichen" hervorgetreten sein, „daß allmälig Stimmungen zur Geltung gelangen, welche nicht mehr auf die Stärkung des grundsätzlichen Widerstreites zielen, sondern die Möglichkeit von Lösungen auf dem Boden der unabweislichen staatlichen Gesetzgebung in Aussicht nehmen". Das halbamtliche Blatt kann hier dem Zusammenhange nach offenbar nur Anzeichen meinen, welche auf Seiten der Vorkämpfer der Kirche hervorgetreten seien. Solche Anzeichen sind aber von unbefangenen Augen nicht allein nicht bemerkt worden, sondern die „Germania" setzt auch der betreffenden Behauptung kurzweg die trockene Bemerkung entgegen, eine Lösung „auf dem Boden der staatlichen Gesetzgebung" sei überhaupt nicht in Aussicht genommen. Seine Wünsche für Wirklichkeiten nehmen ist unter allen Umständen ein Fehler, ganz besonders aber, wenn man sich mitten im Kampfe befindet. Aus einzelnen Reden der ultramontanen Wortführer im preußischen Abgeordnetenhause klang allerdings ein unverkennbares Friedensbedürfniß hervor, aber von einem Aufgeben des grundsätzlichen Widerstreites gegen die Abgrenzung der Sphären der Kirche und des Staates durch die Staatsgesetzgebung ist in denselben nicht die leiseste Andeutung zu entdecken. Von ultramontaner Seite wird in neuerer Zeit mit Vorliebe ein deutsch-patriotischer Ton angeschlagen. Die Vertheidiger der Rechte des Staates würden einen schweren Fehler begehen, ließen sie sich dadurch den klaren Blick trüben. Nicht, als ob wir die Gefühle der Vaterlandsliebe im Lager der Centrumspartei für eitel Humbug erklären wollten, obgleich die dort geführte Sprache vor der neuesten Wendung in Frankreich allerdings eine wesentlich andere war. Aber in dem herrschenden kirchenpolitischen Kampfe hat eine wie immer geartete Sentimentalität keinen Platz. Bei dem Appell an die patriotischen Empfindungen der Männer der Centrumspartei vergesse man doch nie, daß dieselben sich in allen die Rechte der Kirche berührenden Puncten als zu unbedingtem Gehorsam verpflichtete Werkzeuge der römischen Curie betrachten. Mit dieser, nicht mit einer Fraction des Parlaments oder mit einer Partei im Lande wird der Kampf geführt. Der römischen Curie gegenüber hat aber noch niemals Anderes geholfen, als rücksichtslose Festigkeit. Dieselbe ist doppelt nothwendig in einer Zeit, da jeden Augenblick die Politik des Vaticans durch das Conclave auf lange Dauer hinaus neu geregelt werden kann. Wir fürchten aber, der materiellen Unterlage so sehr entbehrende Aeußerungen, wie die oben angeführte der „Prov.-Corresp.", werden im Vatican weit eher als ein Zeichen der Schwäche, denn als ein Zeichen der Festigkeit gedeutet.

Die gemäßigt klerikale „Augsburger Postzeitung" äußert sich an der Jahreswende über die Verhältnisse Bayerns kurz also: „In Bayern nahm der schleichende Culturkampf seinen Fortgang. Das System der Einschüchterung erzielte Resultate, die noch viel größer sind, als äußerlich hervortritt. Dabei innerhalb der katholischen und patriotischen Elemente Spaltungen, welche dem Feinde sachlich und moralisch zum Vortheil dienen. Acht Jahre sind verflossen seit dem großartigen Aufschwung des Volkes gegen die „Verpreußung" und gegen die antichristlichen Bestrebungen, und heute werden nur mit Mühe die letzten Positionen noch gehalten."

Nach einer Pariser Nachricht der „Köln. Ztg." begiebt sich Midhat Pascha nach London, um Lord Beaconsfield anzudeuten, wie weit die Pforte in ihren Zugeständnissen Rußland gegenüber gehen kann, ohne eine zu gefährliche Stimmung unter ihren muhamedanischen Unterthanen zu erzeugen. Derselbe hatte am 3. Januar eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen, Waddington.

Der „Moniteur" schreibt: „In der Umgebung des Kriegsministers (General Borel) wird die Un-